

+++ PRESSEMITTEILUNG +++

Hamburger Wohlfahrtsverbände fordern sofortige Rücknahme von Kürzungen bei Migrationsberatung und Sprachkursen

Hamburg, 20.04.2026 Anlässlich der Integrationsminister-Konferenz (IntMK) am 22./23. April unterstützen die in der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) zusammengeschlossenen Hamburger Wohlfahrtsverbände ausdrücklich den Kurs des Hamburger Senats für den Erhalt der Integrationskurse und bestärken ihn darin, diesen auf der IntMK konsequent zu vertreten. Darüber hinaus fordern sie, dass Hamburg dort auch für die Rücknahme der Kürzungen in der Migrationsberatung und der Asylverfahrensberatung eintritt.

„Deutschland wandelt sich zunehmend von einem Land der offenen Türen zu einem Land der Abschreckung. Kürzungen in der Beratung, Stopps bei Sprachkursen, das Ende der Asylverfahrensberatung – das sind keine isolierten Sparmaßnahmen, das ist ein Haltungswandel. Und der muss gestoppt werden“, sagt Kristin Alheit vom Paritätischen Wohlfahrtsverband, die den Vorsitz des Fachausschusses Migration in der AGFW inne hat.

Beratungsangebote für Migrant*innen stehen zunehmend unter Druck: Die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) und die Jugendmigrationsdienste (JMD) kämpfen mit steigenden Personal-, Miet- und Sachkosten – ohne dass die Refinanzierung mitgewachsen ist. Die Folgen sind Personalabbau und die Schließung von vier Beratungsstellen in Hamburg.

Im Februar 2026 verhängte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einen Zulassungsstopp für Integrationskurse. Tausende Asylbewerber*innen, Geduldete, ukrainische Schutzsuchende und EU-Bürger*innen sind seither von Unterstützung bei Spracherwerb und Einleben ausgeschlossen.

Im März 2026 kündigte das Bundesinnenministerium an, im Haushalt 2027 keine Mittel mehr für die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB) vorzusehen. Damit droht ein gesetzlich verankertes Angebot wegzufallen, das Schutzsuchenden ihre Rechte erklärt, Verfahren beschleunigt und Behörden und Gerichte entlastet.

„Wer heute in Beratung und Sprachförderung spart, zahlt morgen deutlich mehr – durch verzögerte Arbeitsmarktintegration, längere Abhängigkeit von Sozialleistungen und überlastete Behörden. Das ist keine Haushaltspolitik, das ist Kurzsichtigkeit auf Kosten der Menschen und der Gesellschaft“, sagt Alheit.

Hinzu kommt: Deutschland benötigt jährlich rund 400.000 Zuwandernde für den Arbeitsmarkt. Ohne Sprachkenntnisse und Beratung bleibt qualifizierten Zugewanderten der Arbeitsmarktzugang faktisch versperrt.

Beim Einsatz für den Erhalt der Integrationskurse ziehen die Hamburger Wohlfahrtsverbände mit dem Senat an einem Strang. „Beim Abbau der Migrationsberatung und dem drohenden Wegfall der Asylverfahrensberatung erwarten wir, dass Hamburg sich ebenso deutlich für eine Rück-

nahme der Kürzungen einsetzt. Die Integrationsminister-Konferenz ist der richtige Ort, um ein klares Signal zu senden: Deutschland ist ein Einwanderungsland – und muss auch so handeln", so Alheit.

Pressekontakt AGFW Hamburg e.V.

Mareike Grewe

Tel.: 040 - 60 77 465 - 13

Email: mareike.grewe@agfw-hamburg.de

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Hamburg e. V. (AGFW) ist der Zusammenschluss der anerkannten Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Hamburg: Arbeiterwohlfahrt Landesverband Hamburg, Caritasverband für das Erzbistum Hamburg, Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk Hamburg, Jüdische Gemeinde in Hamburg. Die Arbeitsgemeinschaft fördert die Abstimmung und Koordination gemeinsamer Positionen, übernimmt die Außenvertretung dieser Positionen, unterstützt den Erfahrungsaustausch und führt gemeinsame Veranstaltungen durch.